

Ankara auf Ostkurs?

Zu den aktuellen Spannungen zwischen der
Türkei und Israel

Von **Dirk Rohtus**

In der Folge der dramatischen Ereignissen vom 31. Mai 2010, als die israelische Marine einen internationalen, von Istanbul aus gestarteten Konvoi mit Hilfsgütern für den Gazastreifen gewaltsam daran hinderte, die von Israel verhängte Blockade zu durchbrechen, haben die Beziehungen zwischen Ankara und Tel Aviv einen Tiefpunkt erreicht.

Die jüngste Eskalation ist allerdings nicht vom Himmel gefallen. Ihr ging vielmehr eine stufenweise Abkühlung voran. Den Ausgangspunkt markierte 2006 der Empfang einer Hamas-Delegation im Hauptquartier der regierenden „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP) in Ankara. Dem folgte zum Jahreswechsel 2008/09 die israelische Militäraktion gegen den Gazastreifen, die in der türkischen Öffentlichkeit breite Empörung auslöste. Damals dürfte der türkische Ministerpräsident in der Tat überrascht worden sein – hatte doch der damalige israelische Ministerpräsident, Ehud Olmert, just am Tag zuvor Ankara besucht, ohne ihn über den bevorstehenden Angriff in Kenntnis zu setzen. Dies wird das eigentliche Motiv für seinen inszenierten, gegen den israelischen Präsidenten Schimon Peres gerichteten spektakulären Wutausbruch auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2009 gewesen sein, der Recep Tayyip Erdogan in der islamischen Welt viel Beifall eintrug.

Ende Juni 2010 verfügte nun der türkische Ministerpräsident die Sperrung des türkischen Luftraums für israelische Militärflugzeuge. Er begründete diesen Schritt mit dem Entern der „Mavi Marmara“ – dem größten, unter türkischer Flagge fahrenden Schiff des Free-Gaza-Konvois – durch ein israelisches Sonderkommando, das den Tod von neun türkischen Staatsbürgern zur Folge hatte.¹ Desweiteren verlangt Erdogan von Israel eine Entschuldigung für den Angriff, die Zustimmung Tel Avivs für eine internationale Untersuchung der Vorkommnisse und die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens.

Erdogans öffentliche Empörung überdeckt, dass sich der Zusammenstoß im Mittelmeer keineswegs so unerwartet ereignet hatte, wie er die türkische Öffentlichkeit glauben macht. Zwar waren die „Blockadebrecher“ von türkischer Seite nicht offiziell unterstützt worden, aber die Regierung hatte dem von der islamistischen „Stiftung für Menschenrechte, Freiheit und humanitäre

1 Vgl. hierzu auch Heiko Flottau, Zu Wasser, zu Lande und in der Luft: Israel – der eingemauerte Staat, in: „Blätter“, 7/2010, S. 71-80.

Hilfe“ angekauften Schiff Mavi Marmara freie Hand gelassen – obwohl Israel sie hatte wissen lassen, dass es alles tun werde, damit die Flottille den Gazastreifen nicht erreiche. Nichtsdestotrotz hatten die Aktivisten des Konvois ihren festen Willen zum Durchbrechen der Blockade bekundet.

Der Zusammenstoß war also vorprogrammiert. Dennoch haben sich beide Seiten nicht um einen Dialog bemüht, der diesen Konflikt auf offener See hätte verhindern können. Bedeutet diese letzte Eskalation nun tatsächlich das Ende der engen Zusammenarbeit zwischen Ankara und Tel Aviv?

Die Türkei zwischen Westen und Nahem Osten

Ein zentraler Faktor für das türkisch-israelische Zerwürfnis liegt im geostrategischen Rahmen der bisherigen Kooperation begründet. Der Anlass für die wachsende türkische Distanzierung gegenüber Israel mag die Politik gewesen sein, die Tel Aviv gegenüber den Palästinensern im Allgemeinen und gegenüber der im Gazastreifen herrschenden Hamas im Besonderen verfolgt. Die eigentliche Ursache liegt jedoch in den veränderten Machtverhältnissen im Nahen Osten und in den daraus folgenden Konsequenzen für die innen- und außenpolitische Situation der Türkei.

So stellt sich das politische Umfeld, das in den 90er Jahren die Annäherung der beiden Staaten ermöglichte, heute völlig anders dar. Denn seit 2002 regiert in Ankara die islamfreundliche AKP. Während die Partei innenpolitisch eine Lockerung des strengen kemalistischen Laizismus anstrebt, ist sie außenpolitisch flexibler und den islamischen Staaten gegenüber offener als das alte Establishment, das traditionell nur auf den Westen orientiert ist. Sollte sich die Türkei als selbstbewusste, regionale Hegemoniemacht stärker profilieren und dabei vom Westen weiter abwenden wollen, könnten sich die derzeitigen Verstimmungen zwischen Ankara und Tel Aviv also durchaus vertiefen.

Dass das türkisch-israelische Abkommen über militärische Zusammenarbeit vom 23. Februar 1996 datiert, kommt in diesem Kontext eine besondere Bedeutung zu. Denn kurz zuvor hatte die islamische Wohlfahrtspartei, der (später verbotene) Vorläufer der AKP, die Parlamentswahlen gewonnen. Ihr Vorsitzender, Necmettin Erbakan, stattete dann in seiner kurzen Amtszeit als Ministerpräsident (1996-1997) unter anderem Libyen und dem Iran einen Besuch ab und träumte von einem Bündnis der islamischen Staaten in Form einer „D8“ („developing 8“) als Antwort auf die G7.

Gerade Erbakans außenpolitische Prioritäten stießen bei den Kemalisten in Armee und Staatsapparat auf energischen Widerstand. Sie befürchteten eine Entfremdung vom Westen und eine Störung des zerbrechlichen Gleichgewichts in den Beziehungen zwischen der Türkei und Israel. Aus diesem Grund schlossen die türkischen Militärs das Militärabkommen mit Israel. Damit verfolgten sie zwei Ziele. Zum einen hatten beide Länder gemeinsame Gegner: Syrien beanspruchte sowohl die Hatay-Provinz (von der Türkei) als auch die Golanhöhen (von Israel besetzt). Irak und Iran wiederum agierten strikt antiisraelisch, aber – gerade in der Kurdenfrage – ebenfalls antitürkisch. Eine

türkisch-israelische Allianz sollte deshalb beide Länder stärken. Zum anderen versprach sich Ankara von verbesserten Beziehungen zu Tel Aviv auch eine Stabilisierung des Verhältnisses zu Washington. Gerade dieser letztgenannte Punkt darf nicht unterschätzt werden. Denn seit dem Ende des Kalten Krieges hatte sich das militärisch-politische Establishment gefragt, wie die Türkei für den Westen auch weiterhin geopolitisch nützlich, sprich: wertvoll, sein könnte. Tel Aviv war hier gewissermaßen das Tor zu Washington – und damit auch zum Westen.

Atatürks Blick nach Westen

Die Annäherung an Israel ließ sich in der Türkei auch historisch begründen. Bereits im Jahr 1581 hieß der ottomanische Sultan Bajesid die aus Spanien vertriebenen Juden willkommen. Und dreieinhalb Jahrhunderte später öffnete die türkische Republik frühzeitig ihre Grenzen für deutsche Juden, die vor dem Naziterror geflohen waren.

Den eigentlichen Ausschlag für das neue Bündnis aber gab die westliche Agenda des kemalistischen Establishments. Atatürk und seine Nachfolger richteten den Blick auf Europa und auf den Westen, der als Modell für die eigene Modernisierung von oben diente.² Der Preis für diese Orientierung war freilich die weitere Entfremdung von den Nachbarn im Osten.

Es war daher kein Zufall, dass Ankara 1949 als erster Staat mit überwiegend muslimischer Bevölkerung Israel anerkannte. Denn den Kemalisten galt Israel als ein moderner westlicher Staat und deshalb als „natürlicher“ Bündnispartner. Schließlich teilten beide Länder den besonderen Status von Demokratien inmitten der undemokratischen arabischen Regime.

Seit die AKP in Ankara an der Macht ist, und vor allem seit sie im Juli 2007 als Regierungspartei bestätigt wurde, verfolgt die Türkei jedoch eine aktivere Politik im Nahen Osten. Architekt dieser neuen, als „strategische Tiefe“ gekennzeichneten Außenpolitik ist der ehemalige diplomatische Berater Erdogans und heutige Außenminister, Ahmet Davutoglu. Die AKP strebt dabei nach Sicherheit, Stabilität und wirtschaftlicher Interdependenz in der Region. Die neuen Eliten aus ihren Reihen sehen sich hier im Vorteil gegenüber den Kemalisten, weil sie aufgrund ihrer religiös grundierten Weltanschauung im Nahen Osten auf mehr Sympathien treffen. Zudem erleichtern ihre sozialen und kulturellen Verbindungen innerhalb der islamischen Welt die Gestaltung der Außenpolitik in dieser Region.

Hinzu kommt, dass die Türkei in den letzten Jahren zunehmendes Selbstvertrauen entwickelt hat. Ursachen dafür sind das – trotz globaler Wirtschaftskrise – vergleichsweise starke ökonomische Wachstum und ihr Status als Kandidat für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Das wichtigste Kennzeichen der neuen Außenpolitik besteht darin, dass die Regierungspartei sich nicht länger einseitig am Westen orientiert, sondern

2 Vgl. William Hale, *Turkish Foreign Policy, 1774-2000*, London und Portland 2000, S. 57.

ihre Außenpolitik ganz primär an eigenen Interessen ausrichtet – gerade auch mit Blick auf die östlichen Nachbarn. Das belegt die Politik Ankaras gegenüber dem Iran und dem Irak: Die Annäherung an Teheran erfolgt hier nicht zuletzt aus energiepolitischen Gründen, und der Ausgleich mit Bagdad und der kurdischen Regionalregierung im Nordirak verfolgt ersichtlich das Ziel, der PKK, dem bewaffneten Arm des kurdischen Nationalismus, den Rückzugsraum abzuschneiden.

Eine der auffälligsten Neuerungen der türkischen Außenpolitik markiert die beginnende Verständigung zwischen der Türkei und Syrien. Seit Damaskus den PKK-Vorsitzenden, Abdullah Öcalan, 1998 dazu nötigte, das Land zu verlassen (was letztlich seine Verhaftung durch den türkischen Geheimdienst ermöglichte), haben sich die Beziehungen schrittweise verbessert. Die Annäherung umfasst dabei sowohl sicherheits- als auch wirtschaftspolitische Aspekte.

Ankara hat sein wachsendes Gewicht in der Region in der Vergangenheit auch dafür eingesetzt, im Konflikt zwischen Syrien und Israel zu vermitteln. Nach einem hoffnungsvollen Start im Mai 2008, als beide Länder sich zu Gesprächen unter Vermittlung türkischer Diplomaten in Istanbul bereit erklärten, brach Syrien die Kontakte angesichts der israelischen Militäroperation gegen den Gazastreifen im Dezember 2008 allerdings ab.

Dennoch hat sich der neue Kurs für Ankara durchaus bewährt. Denn die geopolitische Lage in der Region hat sich aus Sicht der Türkei wesentlich verbessert; die Gefahr militärischer Konflikte mit Syrien, dem Irak und auch mit Griechenland scheint gebannt zu sein.

Abwendung vom Westen?

Angesichts des aktuellen Streits stellt sich die Frage, ob Erdogan die Krise weiter zuzuspitzen trachtet, um die Bande mit Israel endgültig zu kappen. Damit eng verbunden ist die künftige strategische Ausrichtung der Türkei samt ihrer Allianzen – und auch, ob die Türkei sich von der kemalistischen Orientierung auf den Westen verabschieden wird.

Soner Cagaptay, der für das *Institute for Near East Policy* in Washington arbeitet, bejaht dies entschieden. Erdogans AKP habe zu Beginn seiner Amtszeit den liberalen, pro-europäischen Kurs beibehalten. Nachdem sich aber gezeigt habe, dass die EU der AKP kaum dabei helfen werde, den strikten Säkularismus des kemalistischen Establishments abzuschwächen, kehrte sie zu ihren Wurzeln zurück – und die lägen in der antiwestlichen und antisäkularen Wohlstandspartei, der auch Erdogan einst angehörte.³

Cagaptay führt indes noch einen anderen Beleg ins Feld: nämlich die Zunahme des antisemitischen Populismus. Dieser diene der AKP als Schmiermittel, um einen neuen türkischen, auf der religiösen Identität aufbauenden Nationalismus zu begründen. Prominentester Beleg hierfür ist der ultranatio-

3 Soner Cagaptay, *The Islamists Show Their Hand*, in: „Newsweek“, 14.2.2009.

nalistische Film „Das Tal der Wölfe“ von 2006, der in einer melodramatischen Erzählung schildert, wie Amerikaner und „Zionisten“ sich gemeinsam gegen die Türkei verschwören. Dieser Propagandastreifen indiziert, dass hier in der Tat Neuland beschritten wurde, was zur Verschlechterung der zwischenstaatlichen Beziehungen maßgeblich beitrug: Als eine Folgeserie dieses Films israelische Soldaten als „Babymörder“ porträtierte, bestellte das israelische Außenministerium im Januar 2010 umgehend den türkischen Botschafter ein. Die erniedrigende Weise, in der der Botschafter dann von den israelischen Offiziellen behandelt wurde, sorgte wiederum für böses Blut in der Türkei.

Das beschädigte Verhältnis zu Israel birgt für die Türkei aber auch Gefahren. So ist zweifelhaft, ob Ankara weiterhin die Rolle eines „überparteilichen Vermittlers“ im Nahen Osten spielen kann. Noch gravierender könnten die Folgen für das Verhältnis zu den USA und der Europäischen Union sein. Zwar mag die neue Option einer „Hinwendung zum Osten“ in Brüssel ein Nachdenken darüber befördern, ob die anhaltende Torpedierung einer EU-Mitgliedschaft der Türkei durch viele Mitgliedstaaten opportun ist. Sollte aber Erdogan diese Option einer „Veröstlichung“ der türkischen Außenpolitik tatsächlich verwirklichen, dürfte sich eine etwaige Mitgliedschaft auf diesem Wege von selbst erledigen.

Die Einschätzungen der türkischen Außenpolitik gehen daher auseinander. Auf der einen Seite stehen Beobachter wie der US-Amerikaner Ian O. Lesser, der sich gegen die These einer türkischen Abwendung vom Westen wendet. Ankara richte lediglich seine euroatlantischen Beziehungen neu aus, so Lesser, von einem neuen „Orientalismus“ könne deshalb keine Rede sein.⁴

Auf der anderen Seite gibt es kritischere Wortmeldungen. So erkennt der israelische Politologe Efraim Inbar in der Annäherung an den Iran „eine islamische Einfärbung“ der türkischen Außenpolitik.⁵ In ähnlicher Weise sorgt sich auch Soner Cagaptay um die Westbindung des Landes: „Seit die AKP im Jahre 2002 an die Macht kam, haben die Türken von ihrer Führungselite nichts Positives mehr über den Westen vernommen.“⁶

Festzustehen scheint, dass die Orientierung am Westen abnimmt, auch wenn Suat Kiniklioglu, der AKP-Experte für Außenpolitik, deren neue Ausrichtung als eine Form der „Komplementarität“ bezeichnet: „Unsere Annäherung an die Nachbarn geschieht nicht auf Kosten unserer Beziehung zum Westen. Im Gegenteil, sie verhält sich zu dieser komplementär. Unsere Regionalpolitik als Verschiebung unserer Orientierung zu deuten, übersieht unsere Bemühungen, eine unruhige Umgebung zu stabilisieren.“⁷

Die Befürchtung, dass die Türkei sich von Europa, Amerika und Israel abwendet, gründet auch und nicht zuletzt in der Wahrnehmung, dass die Beziehungen mit „dem Westen“ über Jahrzehnte sehr gut waren und sich jetzt schlagartig verschlechtern. Diese Wahrnehmung trägt jedoch. Denn gerade die Enttäuschung über Europa ist bereits seit über einem Jahrzehnt immer

4 Ian O. Lesser, Do we understand Turkey?, 4.2.2009, www.gmfus.org.

5 Efraim Inbar, Israeli-Turkish Tensions and beyond, in: „Turkish Political Quarterly“, 3/2009, S. 42.

6 Soner Cagaptay, The Most Anti-American Nation, in: „Newsweek“, 24.11.2008.

7 Zit. nach „Hürriyet“, 6.2.2009.

wieder manifest geworden, und zwar spätestens seit dem Gipfel von Luxemburg im Jahr 1997, als die EU-Regierungschefs zwar zahlreichen mittel- und osteuropäischen Staaten die Mitgliedschaft offerierten, nicht aber der Türkei. Immer, wenn in den letzten Jahren die Verhandlungen über das *acquis communautaire* zwischen Brüssel und Ankara ins Stocken gerieten, flammte die Enttäuschung über diese Zurückweisung wieder auf. Insbesondere die Dauerblockade durch das EU-Mitglied Zypern wird mit anhaltender Verärgerung aufgenommen.

Die Europäische Union hegt ihrerseits den Verdacht, die Türkei interessiere sich nicht länger ernsthaft für den Beitrittsprozess. Vielleicht ist dies der Grund dafür, dass Spanien, das ein Befürworter des Beitritts ist und im ersten Halbjahr 2010 den Vorsitz des Europäischen Rates innehatte, am 30. Juni doch noch ein neues Kapitel des EU-Regelwerks im Verhandlungsprozess mit der Türkei eröffnen wollte, um der Türkei zu signalisieren, dass die EU weiterhin am Ziel einer türkischen EU-Mitgliedschaft festhält.

Ähnlich wie die Beziehungen zur EU hat derzeit auch das traditionell besonders enge türkisch-amerikanische Verhältnis Risse bekommen. Zwar sprach sich US-Präsident Barack Obama im April 2009 bei seinem ersten Besuch in Ankara für eine Fortsetzung der engen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten aus. Er bezeichnete die Türkei als „Brücke zwischen der islamischen Welt und dem Westen“ und sprach von seiner Sympathie für die westliche Vision Atatürks. Aber nur ein Jahr später, als Obama und Erdogan im Juni am Rande des G20-Treffens in Toronto zusammensaßen, um über den Iran, den Nahen Osten, den Irak und die PKK zu sprechen, war nur noch wenig vom damaligen Optimismus zu spüren. Denn einerseits hatte sich die Türkei Anfang des Jahres in scharfen Worten gegen die Erklärung eines Kongressausschusses gewandt, in dem die Verfolgung von Armeniern im Osmanischen Reich als Völkermord bezeichnet wurde. Und andererseits ärgert sich die US-Regierung über die vehemente Kritik an Israel und das türkische Nein-Votum im Weltsicherheitsrat gegen die Iran-Sanktionen.

„Strategische Partnerschaft“ am Scheideweg

Die türkisch-israelischen Beziehungen verhalten sich traditionell gegensätzlich zu den türkisch-arabischen: Immer wenn Ankara die Verbindungen zum Westen zu stärken suchte, belastete dies die Beziehungen zu den arabischen Nachbarn; war Ankara hingegen enttäuscht von Europa und Amerika, wie es die letzten Jahre der Fall war, verbesserte sich das Verhältnis zu den arabischen Staaten, auf Kosten auch der Beziehungen zu Israel.

Diese wechselseitige Abhängigkeit der außenpolitischen Beziehungen der Türkei besteht grundsätzlich unter der AKP-Regierung fort. Erdogans Partei blickt allerdings stärker gen Osten, als es die kemalistischen Regierungsparteien zu tun pflegten – auch aus religiös-ideologischen Gründen. Eine einfache Gegenüberstellung – hier die pro-westlichen Kemalisten, dort die pro-östliche AKP – greift aber zu kurz. Denn selbst ein säkular eingestellter Regierungs-

führer wie Süleyman Demirel scheute sich 1980 nicht, angesichts des Drucks der öffentlichen Meinung den „israelischen Anschluss von Jerusalem“ zu verdammen und das türkische Konsulat in Jerusalem schließen zu lassen.⁸

Das kemalistische Leitmotiv der ausschließlichen Verankerung im Westen hat zuletzt jedoch erheblich an Bedeutung eingebüßt. Dennoch muss dieser Schritt nicht das Ende der guten Beziehungen zwischen Ankara und Tel Aviv bedeuten. Die Türkei sucht zwar bewusst gute Beziehungen zu den islamischen Nachbarstaaten; auf das militärtechnologische Know-how Israels will man deshalb trotzdem nicht verzichten. Auch nach dem „Zwischenfall“ vom 31. Mai werden Israel und die Türkei ihre Beziehungen letztlich nicht einfach abbrechen; zu viel steht auf dem Spiel, und zwar für Ankara ebenso wie für Tel Aviv. Während öffentlich immer noch beide Seiten von der jeweils anderen eine Entschuldigung verlangen, laufen deshalb hinter den Kulissen die Gespräche weiter.

Um diese zum Erfolg zu führen, muss die Türkei allerdings erkennbar von ihrer überzogenen Israelkritik abrücken. Umgekehrt muss sich aber auch Israel bewegen. In diesem Sinne kritisiert der türkische Politikwissenschaftler Ihsan Dagı, dass Israels politische Klasse bislang das politische Potential nicht erkannt habe, das die unter Erdogan vorangetriebene Demokratisierung der Türkei berge. Die israelische Sicherheitsstrategie, die in erster Linie auf eine Abwendung islamistischer Gefahren abstelle, reduziere die Bündnispartner in der Türkei auf das kemalistische Establishment; das sei aber zu kurz gegriffen. Denn nicht nur die AKP, sondern jede türkische Regierung müsse auf die öffentliche Meinung im Land Rücksicht nehmen – und damit auch darauf, dass die allermeisten Türken die israelische Palästinenserpolitik scharf verurteilen.⁹ In diesem Sinne argumentiert auch die israelische Politikwissenschaftlerin Anat Lapidot-Firilla in ihrer Antwort auf die Frage, ob die türkische Israelpolitik unter einer anderen Regierung unmittelbar nach dem 31. Mai anders ausgesehen hätte. Ihrer Ansicht nach wäre die Kritik an Israel genauso heftig ausgefallen, die „strategische Partnerschaft“ beider Länder aber fortgesetzt worden.¹⁰

In den nächsten Monaten wird sich daher erweisen müssen, ob auch die AKP die „strategische Partnerschaft“ der Türkei mit Israel aufrechtzuerhalten gedenkt. Erst dann werden wir wissen, inwieweit wir es zukünftig mit einer anderen, „östlicheren“ Türkei zu tun haben werden.

8 Dietrich Jung und Wolfgang Piccoli, *Turkey at the Crossroads. Ottoman Legacies and A Greater Middle East*, London und New York 2001, S. 160.

9 Ihsan Dagı, *What went wrong for Israel?* In: „Today's Zaman“, 18.1.2010.

10 Vgl. „Israeli-Palestinian talks would bring Turkey-Israel closer“, in: „Today's Zaman“, 22.6.2010.